

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. April 2019
– Drucksache 16/6046**

10. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 4. April 2019 – Drucksache 16/6046
– Kenntnis zu nehmen.

24. 10. 2019

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Dr. Stefan Fulst-Blei

Brigitte Lösch

Bericht

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/6046, in seiner 32. Sitzung am 24. Oktober 2019.

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport führte aus, die Landesregierung sei verpflichtet, zusammen mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen einmal pro Legislaturperiode einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Der vorliegende Bericht beziehe sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis 1. Oktober 2018. Der Bericht sei auf Wunsch der beteiligten Ministerien kompakter formuliert und setze andere Schwerpunkte als zuvor.

Inhaltlich würden im Bericht Veränderungen der Angebote beschrieben, die von den sogenannten Sekten und Psychogruppen ausgingen, z. B. die zunehmende Deinstitutionalisierung, Virtualisierung, Internationalisierung und Kommerzialisierung der Angebote. Zudem seien Jugendliche und Heranwachsende nicht mehr die vornehmliche Zielgruppe der entsprechenden Sekten und Psychogruppen. Der bisher verwendete Begriff Sekte schein im behördlichen Kontext als immer weniger operationalisierbar und tragfähig. Daher empfehle der Bericht, in behördlichen Zusammenhängen zukünftig von „gefährlichen religiösweltanschaulichen Angeboten“ zu sprechen und damit an den polizeirechtlichen Gefahrenbegriff anzuknüpfen. Dies führe zur Transparenz in der Frage, ab wann behördliche Intervention angezeigt sei.

Ausgegeben: 12. 11. 2019

1

Der Bericht empfehle zudem, dass sich das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in seiner eigenen Beratungstätigkeit auf die Bereitstellung allgemeiner Informationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit konzentriere. Deshalb werde die Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen außerhalb der Landesverwaltung und mit den entsprechenden Stellen der Kirche intensiviert. Eine Empfehlung sei ein zentrales Informationsportal im Internet, durch welches Ratsuchende an die geeigneten Beratungsstellen geleitet würden.

Ein Abgeordneter der Grünen brachte vor, der Bereich der christlich-fundamentalistischen Gruppen werde im Bericht nur noch gestreift. Diese sollten gerade im Hinblick auf aktuelle Geschehnisse im Auge behalten werden.

Mit dem Informationsfreiheitsgesetz habe das Land eine Möglichkeit geschaffen, Zugriff auf die Akten zu nehmen. Vonseiten einer bestimmten Glaubensgemeinschaft werde dies intensiv genutzt. Eine Begrenzung der Akteneinsicht durch Gebühreneinsatz halte er nicht für sinnvoll. Viele Akten enthielten trotz Schwärzung mancher Bereiche so viele persönliche Informationen, dass aufgrund von weiteren Zusammenhängen eine Zuordnung zu den entsprechenden Personen möglich sei, die eigentlich geschützt werden sollten.

Ein Abgeordneter der CDU schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an und fügte hinzu, das Informationsfreiheitsgesetz berge Risiken, vielleicht müsse dieses Gesetz zum Schutz von Personen angepasst werden.

Die Entwicklung im Bereich der sogenannten braunen Esoterik halte er für problematisch, wenn sich Feindbilder mit politisch-religiösen Weltanschauungen vermengten. Er bitte die Landesregierung, diese Entwicklung weiter zu beobachten. Laut dem vorliegenden Bericht sei vorgesehen, die Vermittlung entsprechender Kompetenzen in der Lehrerbildung weiter zu intensivieren. Dies erachte er als wichtig und richtig, damit Lehrer entsprechende Tendenzen in der Klasse erkennen und angemessen handeln könnten.

Ein Abgeordneter der SPD merkte an, ihn wundere immer wieder, welche Tendenzen sich im Internet verbreiteten und hartnäckig hielten. Bekannt gewordene Fälle im Zusammenhang mit Scientology seien zum Anlass genommen worden, um vor Ort intensiv über die Aktivitäten von Scientology zu informieren. Er wolle wissen, wie sich in diesem Punkt die aktuelle Situation darstelle.

Er fragte, ob bei der braunen Esoterik die Hypnosenszene eine Rolle spiele.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP äußerte, dieser Themenbereich werde von allen Fraktionen als wichtig erachtet, da ihnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik am Herzen liege. Dennoch enthalte er die Schwierigkeit, dass sich der Staat um religiöse bzw. pseudoreligiöse Angelegenheiten kümmere. Eine Differenzierung in „harmlos“ und „irre“ nach staatlichen Gesichtspunkte halte er für schwierig.

Die Kommerzialisierung der jugendlichen Neugierde zeige deutlich, wie wichtig der Konfessions- und Ethikunterricht an den Schulen ab der 1. Klasse sei. Dies versetze die Schülerinnen und Schüler in die Lage, eine problematische religiöse Gruppe zu erkennen. Sobald jemand in diese Gruppe eingetreten sei, könne er aufgrund von Abhängigkeitsverhältnissen nur schwer wieder austreten. Religionsunterricht an Schulen – auch islamischer Religionsunterricht – und auch Ethikunterricht ab der 1. Klasse halte seine Fraktion für ein erstrebenswertes Ziel. Im Hinblick auf braune Esoterik und Verschwörungstheorien zeige sich, wie wichtig auch eine fundierte Medien- und Politikbildung in der Schule sei.

Er wolle wissen, ob die Beratung im Bereich „Sekten und Psychogruppen“ ausreichend personell und finanziell ausgestattet sei, um die Nachfrage nach Gesprächsterminen zu decken, Multiplikatoren zu schulen bzw. in den Lehrerfortbildungen entsprechendes anzubieten und auch Veranstaltungen zur Aufklärung anzubieten.

Bemerkenswert halte er den Verein Sekteninfo in Nordrhein-Westfalen, welcher als Informations- und Beratungsstelle für Betroffene von „neuen religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften und Psychogruppen“ fungiere und bundesweit

als das profilierteste Beratungsangebot gelte. Ihn interessiere, ob die Vernetzung mit dieser Institution für die Probleme in Baden-Württemberg ausreichend sei oder ob ein vergleichbares Institut in Baden-Württemberg gegründet werden sollte.

Eine Abgeordnete der Grünen teilte mit, sie erhalte regelmäßig E-Mails von der Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte. Seit die Scientologen mitten in Stuttgart ein Gebäude bezogen hätten und mit harmlos klingenden Infoständen Anhänger anwürben, habe sich die Zahl der Tests zur Aufnahme vervielfacht. Sie fragte, inwieweit die Aufklärungsarbeit in Schulen im Hinblick auf Scientology geleistet werde. Auch in der Erwachsenenbildung solle diese Arbeit geleistet werden.

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport legte dar, die geleistete Arbeit sei keine einfache, da u. a. auch das Informationsfreiheitsgesetz berücksichtigt werden müsse. Abwägungen müssten immer wieder aufs Neue getroffen werden und brächten große Verantwortung mit sich.

Die Weiterentwicklung der Beratung sei Bestandteil der Empfehlungen des Berichts. Daher würden die Beratungstätigkeiten ausgeschrieben. Das Land stehe mit der Sekteninfo Nordrhein-Westfalen in engem Kontakt, ob es sich bei den Beratungen in Baden-Württemberg beteiligen wolle.

Ein Vertreter des Ministerium für Kultus, Jugend und Sport ergänzte, die Interministerielle Arbeitsgruppe erhalte regelmäßig Anfragen, die sich mit unterschiedlichen christlich-fundamentalistischen Gruppierungen beschäftigten. Dies Anfragen besäßen eine sehr große Bandbreite und seien in der Regel unspektakulär, manchmal verbunden mit Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs oder fragwürdigen spirituellen Techniken. Mitteilungen in Zusammenhang mit politischer Partizipation seien bislang nicht vorgekommen. Solche Anfragen seien bei kirchlichen Weltanschauungsbeauftragten möglich, die eine größere Affinität zu diesem Bereich der christlich-fundamentalistischen Szene hätten.

Bezüglich der angesprochenen Vorgehensweise von Scientology seien nur vereinzelt Fälle bekannt. Systematisch werde deren Vorgehen vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Mit diesem stehe das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in regelmäßigem Austausch. Beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport häuften sich eher die Anfragen, welche den Bildungsbereich betrafen. In einzelnen Räumlichkeiten hätten Vorfälle stattgefunden, was dazu geführt habe, die Lehrer und Schulen intensiver zu unterstützen und zu schulen. Scientology versuche in letzter Zeit, gezielt jugendliche Flüchtlinge mit Arbeitsangeboten anzuwerben. Jedem Fall werde nachgegangen.

Im Bereich der braunen Esoterik gebe es eine enorme Bandbreite von teilweise absurden Techniken. Hypnose könne dabei durchaus eine Rolle spielen. Ihm sei allerdings nichts bekannt.

Auf die Nachfrage, ob ein solcher Bericht einmal pro Legislaturperiode ausreiche, antwortete der Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, eine häufigere Behandlung einzelner Themen aus diesem Spektrum könne über Berichtsanhänge erreicht werden.

Der Ausschuss empfahl dem Plenum einvernehmlich, die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/6046, zur Kenntnis zu nehmen.

12. 11. 2019

Dr. Fulst-Blei